



Medienmitteilung

Aus dem Bildungs- und Gesundheitsdepartement

St.Gallen, 7. November 2016

Staatskanzlei
Kommunikation
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T 058 229 32 64
hildegard.jutz@sg.ch

Aufbau Masterstudium in Medizin in St.Gallen

Ein weiterer Schritt zum «Medical Master St.Gallen»

Die Regierung hat den Projektbericht «Aufbau Masterstudium in Medizin in St.Gallen» zur Kenntnis genommen. Damit ist die erste Projektphase zum Aufbau eines Medizinstudiums in St.Gallen erfolgreich abgeschlossen. Drei mögliche Varianten wurden geprüft. Die Regierung spricht sich für die weitere Bearbeitung des Kooperationsmodells aus und erteilt den Folgeauftrag «Joint Medical Master».

Das Statement der heutigen Medizinstudierenden aus dem Kanton St.Gallen ist klar: 90% von ihnen schätzen die Attraktivität eines Masterstudiums in St.Gallen als hoch ein, 55% wären sogar bereit, einem Master in St.Gallen gegenüber dem aktuellen Studienort den Vorzug zu geben. Gemäss dem vor einem Jahr erteilten Projektauftrag der Regierung hatte die Projektgruppe drei mögliche Umsetzungsvarianten einer Humanmedizinausbildung in St.Gallen zu prüfen. Sie empfiehlt, in erster Linie das Kooperationsmodell mit der Universität Zürich und dem Universitätsspital Zürich als raschesten Weg zur Realisierung eines Masterstudienganges in St.Gallen zu verfolgen. Die Regierung priorisiert ebenfalls das Kooperationsmodell, das ein spezielles St.Galler Profil mit einem attraktiven Curriculum einen besonderen Fokus auf ambulante und stationäre Grundversorgung aufweisen soll. Der nächste Schritt wird sein, die St.Galler Vorstellungen dieser Ausbildung mit möglichen Partnern abzugleichen. Mit der Universität Zürich und dem Universitätsspital Zürich liegen Basisarbeiten in Bezug auf die Kooperationsverträge bereits vor, Zusatzvereinbarungen werden im Verlauf der nächsten Projektphase immer vorbehältlich der Zustimmung der beteiligten Kantone noch zu schliessen sein.

Von der Ausgangslage bis zu Empfehlungen

Der Fachkräftemangel manifestiert sich im Gesundheitswesen besonders stark. Dass sich der bereits bestehende Mangel an medizinischem Fachpersonal noch verstärken wird, ist auch strukturell bedingt. Während Deutschland 12.2 Ärztinnen und Ärzte pro 100'000 Einwohner ausbildet, die Niederlande 14.4 und Dänemark sogar 18.4, so sind es in der Schweiz gerade mal 10.6. Zudem haben umliegende Länder die Arbeitsbedingungen und Einkommen ihrer eigenen Ärzteschaft laufend verbessert, um die Abwanderung in die Schweiz zu stoppen. Dass in der Ostschweiz keine Möglichkeit einer Medizinausbildung besteht, verschärft die Situation für unsere Region markant.



Der Projektbericht schlägt dem Kanton St.Gallen die Schaffung einer Medizinausbildung in Kooperation mit einem Partner, in erster Linie mit dem Kanton Zürich sowie die Einleitung des dafür nötigen politischen Prozesses vor. Die Zusammenarbeit der beiden Universitäten Zürich und St.Gallen mit dem Universitätsspital Zürich und dem Kantonsspital St.Gallen inkl. der Regionalspitäler und Grundversorger würde einen raschen Einstieg von St.Gallen in das Medizinstudium erlauben. Aus St.Galler Sicht sollte in dieser Ausbildung der Fokus auf die medizinische Grundversorgung, die interprofessionelle Zusammenarbeit sowie auf medizinische Themen der Universität St.Gallen wie beispielsweise Health Care Management, Gesundheitsökonomie oder Governance im Gesundheitswesen gelegt werden.

Neben dieser Grundsatzempfehlung machen die Autoren des Berichts aber auch weitere Vorschläge zur Linderung des Ärztemangels wie etwa Vertiefungskurse in ärztlicher Versorgung oder das Ergreifen von Massnahmen zur Verminderung von Berufsaussteigern.

Umsetzungsphase initiiert

Rückenwind für ihr Kooperationsprojekt erhofft sich die Regierung durch das Ende April bei der Schweizerischen Hochschulkonferenz SHK eingereichte Gesuch um Teilnahme an der Anschubfinanzierung des Bundes für mehr Studienplätze in der Humanmedizin. Der Entscheid über die berücksichtigten Projekte wird die SHK im Februar 2017 fällen. Dazu hat sie Anfang November den Projektauftrag «Joint Medical Master St.Gallen» erteilt. Er deckt die Vorbereitungsphase des Kooperationsmodells zwischen den Jahren 2017 bis 2020 ab. In dieser Zeit sollen alle Voraussetzungen geschaffen werden, dass ab dem Herbstsemester 2020 rund 40 Studierende Ihr Studium Joint Medical Master in St.Gallen aufnehmen können.

Die Federführung geht nach Abschluss der ersten Projektphase vom Gesundheits- auf das Bildungsdepartement über. Dieses wird die weiteren Arbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement umgehend an die Hand nehmen. In einem ersten Schritt gilt es, alle Eckwerte zu klären, die für die zukünftigen Medizinstudentinnen und -studenten bei der Anmeldung zum Studium relevant sind, um den Entscheid für den Studienort St.Gallen zu fällen. Bei diesen Vorbereitungsarbeiten übernimmt die Universität St.Gallen (HSG) eine wichtige Rolle. Geplant ist, an der HSG ein Institut «Medical School St.Gallen» zu gründen. Das Institut wird zuständig sein für die Koordination und Organisation des Lehrangebots, die Betreuung der Studierenden, die Bereitstellung der Infrastruktur und die Vergabe von Lehraufträgen.

Das Gesundheitsdepartement wird in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital St.Gallen KSSG, dem Ostschweizer Kinderspital und anderen Institutionen sicherstellen, dass das medizinische Wissen und das bereits vorhandene Know-how im Bereich der Lehrtätigkeit an bestehenden medizinischen Fakultäten durch die Dozentinnen und Dozenten in die Erarbeitung des Curriculums und die Lehr- und Lernstrukturen einfliessen lassen kann. Das neue Masterangebot soll einen Fokus auf die Grundversorgung, die Pädiatrie, die interprofessionelle Gesundheitsversorgung sowie das Management und die Governance im Gesundheitswesen legen. Explizit nicht Gegenstand dieses Projekts ist die Anpassung



des Status des Kantonsspitals an ein Universitätsspital - das Kantonsspital St.Gallen nimmt seine Rolle als akademisches Lehrspital wahr.

Die Regierung wie die Universität St.Gallen und das KSSG sind überzeugt, mit dem «Joint Medical Master» ein modernes und pädagogisch innovatives Angebot schaffen zu können.

Projektkosten

Für bekannte Aufwendungen, die durch die Arbeit der Projektorganisation, die Vorarbeiten und die Umsetzung im Jahr 2017 entstehen, sind im Budget 2017 die geschätzten Aufwendungen eingeplant (2.19 Mio. Franken). Für die folgenden Jahre stellt das Bildungsdepartement in Absprache mit der Projektorganisation bzw. auf zentral-kantonalen Ebene mit dem Gesundheitsdepartement jeweils die nötigen Budgetanträge ein. Die voraussichtlichen Projektkosten für die Jahre 2018 und 2019 sowie die Aufwendungen für das Jahr 2020 sind im Aufgaben- und Finanzplan 2018-2020 bereits berücksichtigt. Zudem findet das Projekt als Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite in der AFP-Botschaft 2018-2020 Erwähnung.

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Auskünfte erteilt heute zwischen 11.00 und 12.00 Uhr Regierungsrätin Heidi Hanselmann, Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes, Tel. 058 229 35 68, und Regierungsrat Stefan Kölliker, Vorsteher des Bildungsdepartementes, Tel. 058 229 32 30.